

Die Ambivalenz des Geldes

Evangelische Suchbewegungen auf schmalen Grat

Tanja Hellrigl

Vor der Forschung

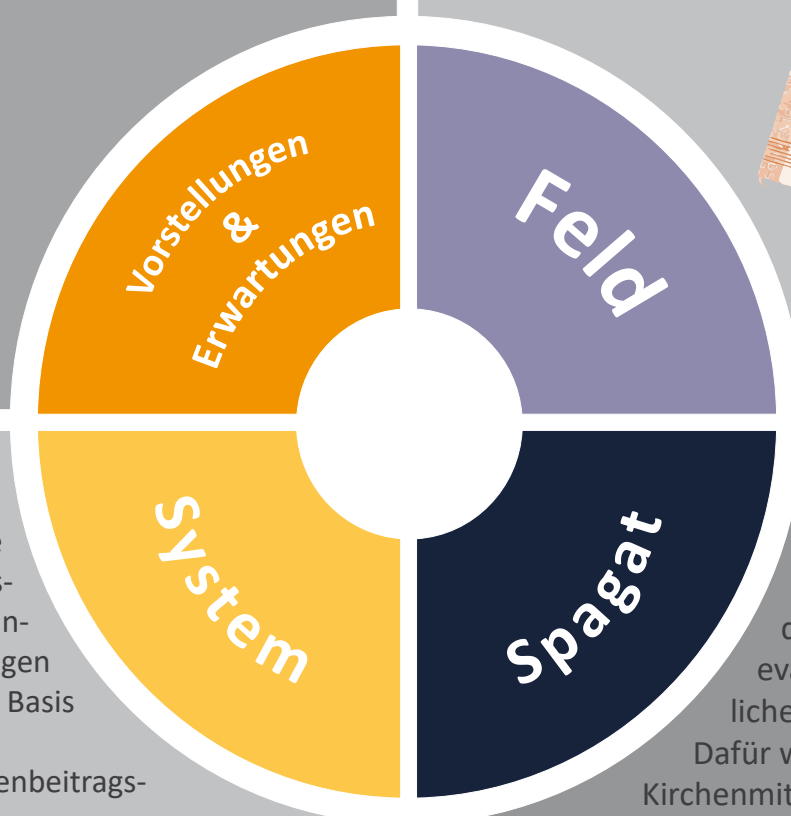
Zu Beginn meiner Forschung dachte ich, dass die evangelische Kirche ähnlich vermögend sei wie die katholische Kirche. Dementsprechend unbefangen ging ich an dieses Thema heran. Mein Wissen war sehr begrenzt. Was sollte denn schon groß anders sein?

Zwar wusste ich, dass Martin Luther in seinen 95 Thesen unter anderem den Ablasshandel in der damaligen Kirche scharf kritisiert hatte, doch ging ich davon aus, dass bezüglich der Finanzen eine Ausgeglichenheit zwischen Kirchen herrscht und dass auch die evangelische Kirche keine finanziellen Probleme habe. Schnell erkannte ich, dass dem überhaupt nicht so ist. Und ich bemerkte, dass das Thema „Geld und Kirche“ ein eigenartiges Spannungsverhältnis durchzieht, das weit in die tägliche Praxis hineinreicht.

Forschungsinteresse und Forschungsfeld

Menschen, Glaube und Zahlen - wie lässt sich das vereinbaren? Wie wird man beidem gerecht? Geht das überhaupt? Wird überhaupt über Geld gesprochen? Wie wird über Geld gesprochen? Wie geht man als Kirchenbeitragsbeauftragter am besten an dieses Thema heran?

Ich führte mehrere Interviews mit dem Kirchenbeitragsbeauftragten und einigen Gemeindegliedern der Innsbrucker Auferstehungskirche und war zunächst einmal damit beschäftigt, das eigenartige und komplexe System der evangelischen Finanzwirtschaft zu verstehen.



Finanzstruktur der evangelischen Kirche in Österreich

Das Finanzsystem der evangelischen Kirche ist kompliziert und nicht ganz widerspruchsfrei: die Ortsgemeinden müssen das Geld eintreiben, agieren jedoch auf einer unvollständigen Datenbasis. Der Kirchenbeitrag wird auf der Basis des Einkommens nach einem einheitlichen Berechnungsschlüssel vor Ort von den Kirchenbeitragsbeauftragten eingehoben: www.gerecht.at

Ein Teil des Geldes (knapp 1/3) verbleibt in der Ortsgemeinde, der größere Teil wird an die Gesamtkirche weitergegeben und dient der Finanzierung der Gehälter und überregionalen Aufgaben.

Der Kirchenbeitragsbeauftragte vor Ort befindet sich in einer undankbaren Sandwichposition: er erfüllt einen zentralen Auftrag der Gesamtkirche und ist zugleich eng mit der Ortsgemeinde verbunden. Er verfügt nur über vage Daten und ist auf die freiwillige Mitwirkung der Gemeindeglieder angewiesen. Wenn diese ihre Einkommensverhältnisse nicht offenlegen, bleiben nur zwei unbefriedigende Möglichkeiten:

- **Den Zustand tolerieren** → Gefahr, dass der Gemeinde Geld entgeht
- **Den Kirchenbeitrag so lange erhöhen, bis die Gemeindeglieder einen Einkommensnachweis vorlegen**
→ Gefahr des Austritts oder der Verägerung

Kirchliche Geldangelegenheiten – eine Gratwanderung

Die Kirche braucht das Geld, um die Gehälter der Pfarrer_innen, die Heizkosten etc. der Kirche und der evangelischen Einrichtungen sowie sämtliche kirchliche Tätigkeiten zu finanzieren. Dafür werden die Kirchenbeiträge der einzelnen Kirchenmitglieder benötigt.

Andererseits geht es in der Kirche letztlich um etwas anderes als wirtschaftlichen Erfolg, die Gemeindeglieder sind nicht in erster Linie „Kunden“. In diesem grundsätzlichen Zwiespalt agiert der Kirchenbeitragsbeauftragte: er soll das Geld eintreiben, die Gemeindeglieder jedoch auch nicht verprellen. Daher kann er im Einzelfall Sonderlösungen anbieten und von der grundsätzlich transparenten und einheitlichen Berechnungsformel abweichen. Dies schwächt jedoch das Gesamtsystem.

Einige evangelische Gemeinden in Tirol kämpfen um ihr finanzielles Bestehen, vor allem gegen Jahresende wird es in manchen Gemeinden knapp.

Fazit

Die Balance zwischen dem notwendigen Eintreiben des Kirchenbeitrags und dem Feingefühl gegenüber den Gemeindegliedern stellt eine tägliche Herausforderung für den Kirchenbeitragsbeauftragten dar. Kirchenaustritte sind nicht nur ein menschlicher Verlust für die Gemeinde, sondern auch ein finanzieller. Beide Aspekte – den finanziellen wie den menschlichen – unter einen Hut zu bringen, gleicht oft der Quadratur des Kreises.